Entschließung – Transpazifisches Partnerschaftsabkommen

1. Der IGB-Vorstand ist zutiefst besorgt über das am 5. Oktober 2015 beschlossene Transpazifische Handelsabkommen TPP, an dem 12 Länder beteiligt sind. Dieses Abkommen wurde unter strikter Geheimhaltung ausgearbeitet, jedoch von Lobbyisten der Wirtschaft beeinflusst, die Zugang zu den Verhandlungen hatten. Es wird zu einer weiteren Deregulierung der Finanzmärkte, längeren Laufzeiten für Arzneimittelpatente und Beschränkungen digitaler Freiheiten führen. Das Recht der einzelnen Staaten auf die Förderung der Beschäftigung, des Umweltschutzes sowie der Arbeitnehmer- und anderer Menschenrechte wird durch die TPP-Vergabeverfahren eingeschränkt. Mehrere Staaten haben einen offenen Marktzugang für öffentliche Dienstleistungen auf Kosten der Qualität und des Zugangs der Öffentlichkeit zu diesen Dienstleistungen gewährt, und bei der Harmonisierung der Rechtsvorschriften werden die Interessen der Menschen denen der Unternehmen untergeordnet.

2. Während die Unternehmen die Möglichkeit haben werden, auf die berüchtigten ISDS-Verfahren zurückzugreifen, um Staaten zu verklagen, ist für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine solche Möglichkeit vorgesehen, da es in dem TPP-Kapitel, das auf Beschäftigungsfragen eingeht, an wirksamen Inkraftsetzungsmechanismen fehlt. Dasselbe gilt für die Bestimmungen zum Thema Umwelt, und auf die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels wird überhaupt nicht eingegangen.

3. Der Vorstand beschließt Folgendes:

ABLEHNUNG des TPP in seiner jetzigen Form;

UNTERSTÜTZUNG der Mitgliedsorganisationen beim Widerstand gegen das TPP in ihren Ländern;

PUBLIKMACHUNG der Defizite des TPP und seiner negativen Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen einer breiter angelegten Kampagnenaktion für einen globalen, multilateralen und bilateralen Handel, der das Leben der Beschäftigten verbessert, ihre Rechte und die Umwelt schützt, menschenwürdige Arbeitsplätze schafft, die Rolle demokratisch gewählter Regierungen stärkt und sicherstellt, dass multinationale Unternehmen und der Finanzsektor zur Verantwortung gezogen werden und an rechtsstaatliche Verfahren gebunden sind.

_____